

Pressemitteilung

Allianz für die Krankenhäuser warnt vor massiven Folgen der Kürzungspläne des Bundes

Bündnis aus 19 Verbänden und Organisationen übergibt Erklärung an Gesundheitsminister Dr. Philippi

Hannover, 03. Juni 2026 – Die Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser, ein Zusammenschluss von 19 Verbänden und Organisationen der Krankenhausträger sowie der in den Kliniken vertretenen Berufsgruppen, hat heute in einer gemeinsamen Erklärung ihre Forderungen zur Änderung der geplanten Maßnahmen im Rahmen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes an Niedersachsens Gesundheitsminister Dr. Philippi übergeben. Die Allianz kritisiert die Kürzungspläne der Bundesregierung scharf und warnt vor gravierenden Folgen für die wirtschaftliche Stabilität der Krankenhäuser, die Mitarbeitenden und für die Patientenversorgung.

Die Allianz fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene gegen die geplanten Einschnitte einzusetzen und gegebenenfalls im Bundesrat die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu unterstützen. Sollte das Gesetz in der derzeit vorliegenden Form verabschiedet werden, ist kurzfristig ein Nothilfeprogramm des Landes Niedersachsen zur Stabilisierung der Krankenhäuser erforderlich.

„Die Krankenhäuser und ihre Mitarbeitenden stehen bereits heute mit dem Rücken zur Wand. Wer in dieser Situation pauschale Kürzungen durchsetzt, gefährdet bewusst eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patientinnen und Patienten und setzt die Zukunft von notwendigen Klinikstandorten und Arbeitsplätzen aufs Spiel. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Sparmaßnahmen sind weder gerecht noch geeignet, die strukturellen Probleme im Gesundheitswesen zu lösen. Die Mitglieder der Allianz stehen in dieser Frage geschlossen zusammen und werden diesen Angriff auf die Krankenhausversorgung nicht widerspruchslos hinnehmen“, betont **Helge Engelke, Verbandsdirektor der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft**.

Die Allianz fordert die vollständige Rücknahme der geplanten Kürzungen im Rahmen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes. Angesichts der bereits massiven wirtschaftlichen Belastungen der Krankenhäuser sind weitere Einsparungen nicht tragbar und gefährden unmittelbar die Versorgung. Gleichzeitig verlangt die Allianz eine vollständige Refinanzierung tarifbedingter Personalkostensteigerungen, um faire Arbeitsbedingungen zu sichern und einen Stellenabbau zu verhindern.

Darüber hinaus sprechen sich die Mitglieder für einen konsequenten Bürokratieabbau aus. Zusätzliche Prüf- und Kontrollmechanismen belasten die Beschäftigten und entziehen der Patientenversorgung wichtige Ressourcen. Für die laufende Krankenhausreform sind verlässliche politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen unverzichtbar. Die geplanten

Kürzungen stehen dazu im klaren Widerspruch und gefährden das Vertrauen in den Reformprozess. Die Allianz betont zudem die systemrelevante Rolle der Krankenhäuser als zentralen Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Politische Entscheidungen müssen dieser Bedeutung Rechnung tragen und dürfen die stationäre Versorgung nicht weiter schwächen.

Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi erklärt: „Die Bemühungen des Bundes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung begrüße ich ausdrücklich. Der Gesetzesentwurf enthält wichtige Regelungen zur Begrenzung der Ausgabendynamik. Gleichzeitig darf die Reform jedoch nicht nur zulasten der Patientinnen und Patienten oder einzelner Akteure im Gesundheitswesen gehen. Problematisch halte ich vor allem die geplante Abkehr von der vollständigen Tariffinanzierung für Pflegepersonal. Sie gefährdet die Patientenversorgung im Krankenhaus sowie die Errungenschaften der letzten Jahre für die adäquate Vergütung von Pflegepersonal im Krankenhaus. Auch unterstütze ich die Forderung der Krankenhäuser nach Bürokratieentlastung. Es braucht umgehend ein Gesetz zum Abbau bürokratischer Vorgaben im gesamten Gesundheitssektor, vor allem im Krankenhausbereich.“

Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser

Die Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser ist ein Zusammenschluss von 19 Verbänden und Organisationen der in den Krankenhäusern vertretenen Berufsgruppen und Krankenhausträger. Die Allianz vertritt deren gemeinsame Interessen und setzt sich für eine angemessene Finanzierung sowie für die gesellschaftliche und politische Anerkennung der Arbeit in den Krankenhäusern ein.

Eine gemeinsame **Erklärung der Allianz** sowie **Statements** der beteiligten Verbände sind dieser Pressemitteilung als Anlage beigefügt und online abrufbar unter:

www.nkgev.info/presse/pressemitteilungen.html

Weitere Informationen:

- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511 / 307 63 0)
- Piet Schucht, Pressesprecher der NKG (0511 / 307 63 19 oder Mobil: 0160 / 224 74 57)
E-Mail: schucht@nkgev.de

Thielenplatz 3 - 30159 Hannover - www.nkgev.info

Diese Pressemitteilung und weitere Informationen können auf der Internetseite der NKG unter www.nkgev.info heruntergeladen werden.

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) ist der Zusammenschluss aller Krankenhäuser in Niedersachsen mit rund 40.000 Betten. Mehr als 1,5 Millionen Patientinnen und Patienten werden pro Jahr in den niedersächsischen Krankenhäusern stationär behandelt. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Niedersachsens. Rund 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der NKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern.